



Niklas Todsen

Die Zinsschrankenregelung des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008

Ein Überblick fokussiert auf die Anwendung
bei Personengesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	21
Teil I: Steuerrechtliche Grundlagen der Zinsschranke.....	27
A. Die Personengesellschaft im Steuerrecht.....	27
I. Einleitung.....	27
II. Die zivilrechtliche Einordnung von Personengesellschaften und die Auswirkungen auf das Steuerrecht	30
III. Einkommensteuerliche Behandlung von Personengesellschaften	33
1. Die Bilanzbündeltheorie.....	34
a. Die Entwicklung durch den Reichsfinanzhof und den Bundesfinanzhof.....	34
b. Aufkommende Kritik an der „Bilanzbündeltheorie“	36
2. Theorie von der Einheit der Personengesellschaft („Einheitstheorie“).....	38
3. Die Personengesellschaft als begrenztes Steuerrechtssubjekt im Einkommensteuerrecht	41
a. Einleitung	41
b. Die Besteuerung der Personengesellschaft im Einkommensteuerrecht unter Beachtung der Ansicht des Bundesfinanzhofes.....	42
B. Die Zinsschranke als bislang schärfste Form der Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Fremdkapitalvergütungen	47
I. Ursprünglich Beschränkung auf die Begrenzung der Abziehbarkeit von Fremdkapitalvergütungen an Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft (Gesellschafterfremdfinanzierung).....	48
1. Erstmalige gesetzliche Regelung durch das Standortsicherungsgesetz und die Modifikationen nach dem „Lankhorst-Hohorst“-Urteil des EuGH	51

2. Neufassung des § 8a KStG durch das „Korb II“- Gesetz als Konsequenz der Entscheidung des EuGH.....	53
3. Erhöhte Missbrauchsanfälligkeit des § 8a KStG 2003.....	55
II. Die Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs durch die Einführung der Zinsschranke auch auf Personengesellschaften.....	57
Teil 2: Anwendung der Zinsschranke auf Personengesellschaften und ihre Vereinbarkeit mit den allgemeinen Besteuerungsprinzipien	58
A. Überblick der Zinsschrankenregelung.....	58
B. Tatbestandsvoraussetzungen der Zinsschrankenregelung bei Personengesellschaften.....	61
I. Die Anwendung der Zinsschranke auf gewerbliche Personengesellschaften	61
1. Der „Betriebsbegriff“ als zentrales Tatbestandsmerkmal des § 4h EStG.....	61
2. Ermittlung der relevanten Gewinngrößen zur Berechnung der Zinsschranke	65
3. Die steuerliche Gewinnermittlung einer Mitunternehmerschaft gem. § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	67
a. Kollektive Ebene der Tatbestandsvoraussetzungen	67
b. Individuelle Ebene der Tatbestandsvoraussetzungen von § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG.....	69
4. Zweistufige Gewinnermittlung eines Mitunternehmers und Aggregation zum steuerlichen Gesamtgewinn der Mitunternehmerschaft.....	70
a. Der Gewinnanteil des Mitunternehmers am gesamthänderischen Gewinn der Personengesellschaft (Gewinnermittlung 1. Stufe)	71
b. Das Sonderbilanzergebnis als weiterer Bestandteil der gewerblichen Einkünfte des Mitunternehmers (Gewinnermittlung 2. Stufe)	71
5. Zusammenfassung der Gewinnermittlungsebenen zum steuerlichen Gesamtgewinn der Personengesellschaft.....	75

6. Ermittlung des „maßgeblichen Gewinns“ bei „doppelstöckigen Personengesellschaften“	76
II. Weitere Tatbestandsvoraussetzungen der Zinsschrankenregelung und ihre Erfüllung durch gewerbliche Personengesellschaften.....	78
1. Vorliegen von Zinsaufwendungen und Zinserträgen bei der gewerblichen Personengesellschaft	78
2. Behandlung von Zinsvorträgen einer Personengesellschaft.....	80
III. Zwischenfazit	83
C. Die Rechtsfolgen der Zinsschranke und deren Vereinbarkeit mit den allgemeinen Prinzipien der Besteuerung von Personengesellschaften.....	85
I. Auswirkungen der Zinsschranke auf die Gewinnermittlung von Personengesellschaften	87
1. Gewinnermittlung einer Mitunternehmerschaft ohne Anwendung der Zinsschrankenregelung.....	87
2. Gewinnermittlung einer Mitunternehmerschaft unter Anwendung der Zinsschrankenregelung.....	88
3. Fazit.....	89
II. Ermittlung und Verteilung des nichtabziehbaren Zinsaufwandes	90
1. Anwendungsmöglichkeiten auf die verschiedenen Stufen der Tatbestandsverwirklichung.....	91
2. Ermittlung des zur Verfügung stehenden Zinsabzugsvolumens (1. Stufe der Tatbestandsverwirklichung).....	92
a. Gesellschafterbezogene Ermittlung des Zinsabzugsvolumens.....	92
(1) Bemessung anhand des „steuerlichen EBITDA“ der Mitunternehmerschaft.....	92
(2) Bemessung anhand des „steuerlichen EBITDA“ innerhalb des Sonderbetriebsvermögens.....	93
b. Stellungnahme: Präferenz einer gesellschaftsbezogenen Ermittlung auf der ersten Stufe der Tatbestandsverwirklichung	94
3. Verteilung der Lasten der Zinsschranke auf die Mitunternehmer (2. Stufe der Tatbestandsverwirklichung)	96

a. Ermittlung der nichtabziehbaren Nettozinsaufwendungen ohne Zuordnung auf die Mitunternehmer / Ausgangsfall	97
b. Gesellschaftsbezogene Verteilung der Lasten der Zinsschranke auf die Mitunternehmer	99
c. Gesellschafterbezogene Verteilung auf die Mitunternehmer - Darstellung von verschiedenen Lösungsmöglichkeiten	100
(1) Verteilung der Lasten der Zinsschranke durch Zuordnung des Zinsabzugsvolumens auf die Gewinnermittlungsebenen	100
(2) Lösungsmöglichkeit 1: Verteilung der Lasten durch den Vergleich der nichtabziehbaren Zinsaufwendungen	104
(3) Lösungsmöglichkeit 2: Verteilung der Lasten durch die Anpassung der Kalkulationsgrößen der Zinsschranke	106
4. Vergleich der Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich der 2. Stufe der Tatbestandsverwirklichung.....	110
5. Ansicht der Finanzverwaltung im Entwurf eines Anwendungsschreibens zur Zinsschranke vom 20.02.2008.....	111
6. Ansicht der Finanzverwaltung im endgültigen Anwendungsschreiben vom 04.07.2008.....	113
7. Stellungnahme.....	115
8. Präferenz einer gesellschafterbezogenen Verteilung der Lasten der Zinsschranke	120
a. Möglicher Ausgleich von Nachteilen durch zivilrechtliche Gestaltungen	123
b. Argumente für eine gesellschafterbezogene Verteilung der Lasten	124
c. Ergebnis.....	127
III. Folgeprobleme beim Zinsvortrag.....	128
1. Verteilung eines noch verfügbaren Zinsabzugsvolumens im folgenden Veranlagungszeitraum	128
2. Berechnung der Verteilung des untergehenden Zinsvortrags bei Ausscheiden eines Mitunternehmers	132

a. § 10a GewStG und die gesellschaftsbezogene Anwendungsweise des BFH	134
b. § 10a GewStG und die gesellschaftsbezogene Anwendungsweise der Finanzverwaltung	134
c. Aktuelle Rechtslage des § 10a S. 4, 5 GewStG.....	135
d. Stellungnahme zur Anwendbarkeit der Grundsätze des § 10a GewStG auf die Zinsschrankenregelung	136
(1) Gesellschaftsbezogene Ansicht der Finanzverwaltung	136
(2) Gesellschaftsbezogene Ansicht.....	138
e. Maßgebliche Beteiligungsquote des ausscheidenden Gesellschafters.....	141
(1) Abstellen auf den Zeitpunkt des Ausscheidens des Mitunternehmers.....	141
(2) Problematik der Anwachsung eines Mitunternehmeranteils.....	143
D. Die Ausnahmetatbestände der Zinsschranke und Besonderheiten bei deren Erfüllung durch Personengesellschaften	144
I. Freigrenze von drei Millionen Euro.....	144
II. Keine Anwendung der Zinsschranke bei fehlender Konzernzugehörigkeit.....	146
1. Der Konzern in der Unternehmenspraxis.....	150
2. Die Personengesellschaft als Teil eines Konzerns	150
a. Die Personengesellschaft als Teil einer steuerlichen Organschaft.....	151
(1) Die Personengesellschaft als Organträger	151
(2) Die Personengesellschaft als Organgesellschaft	152
b. Die steuerliche Organschaft unter Einbeziehung von Personengesellschaften und ihre Folgen für die Anwendung der Zinsschranke	153
3. Rückausnahme bei schädlicher Gesellschafter- fremdfinanzierung	155

4. Entsprechende Geltung der Rückausnahme für nachgeordnete Mitunternehmenschaften	160
a. Voraussetzungen der Nachordnung einer Personengesellschaft	161
b. Anwendung von § 8a Abs. 2 KStG auf nachgeordnete Personengesellschaften	162
(1) Empfänger des schädlichen Fremdkapitals	163
(2) Der Fremdkapitalgeber und dessen Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen des § 4h Abs. 2 S. 2 EStG i.V.m. § 8a Abs. 2 KStG	163
(3) Schädlichkeit der Fremdkapitalvergütungen nur in Höhe der Beteiligungsquote der vorgeordneten Körperschaft	166
(4) Zusammenfassung der erarbeiteten Ergebnisse anhand eines Beispielfalls	167
III. Eigenkapitalquotenvergleich bei konzernzugehörigen Betrieben	168
1. Besonderheiten der Erfüllung des Ausnahmetatbestandes bei Personengesellschaften	174
2. Rückausnahme bei schädlicher Gesellschafterfremdfinanzierung	175
3. Entsprechende Geltung der Rückausnahme für nachgeordnete Personengesellschaften	179
E. Die Anwendung der Zinsschranke auf andere steuerrechtliche Erscheinungsformen von Personengesellschaften	181
I. Anwendung der Zinsschranke auf sog. „Zebragesellschaften“	183
1. Allgemeine Prinzipien zur Besteuerung von „Zebragesellschaften“	183
2. Auswirkungen für die Anwendung der Zinsschranke	186
a. Bildung eines „Sonderbetriebes“	187
b. Hinzurechnung zu den Berechnungsgrößen des gesellschaftereigenen „Betriebes“	188
c. Stellungnahme	189
II. Anwendung der Zinsschranke auf die GmbH & Co. KG	192
1. Mögliche Aufspaltung der GmbH & Co. KG in zwei	

verschiedene Betriebe im Sinne der Zinsschranke	193
2. Die GmbH & Co. KG als einer der Komplementär-GmbH nachgeordnete Mitunternehmerschaft	194
III. Anwendung der Zinsschranke bei der Beteiligung einer ausländischen Kapitalgesellschaft an einer inländischen vermögensverwaltenden Personengesellschaft.....	195
1. Anwendung des „klassisches Systems“ zur Besteuerung von vermögensverwaltenden Personengesellschaften.....	196
2. Anwendung der Grundsätze zur Besteuerung einer „Zebragesellschaft“	196
3. Betriebseigenschaft der beschränkt steuerpflichtigen ausländischen Kapitalgesellschaft.....	198
IV. Die Anwendung der Zinsschranke auf die atypisch stille Gesellschaft.....	200
1. Steuerliche Behandlung.....	200
2. Anwendung der Grundsätze der Zinsschranke.....	203
V. Die Zinsschranke bei Private Equity Strukturen.....	207
1. Ausgestaltung einer Private-Equity Investition in der Praxis	208
2. Relevanz der Zinsschranke für den Private Equity-Fonds	209
a. Private Equity-Investitionen als Konzernspitze im Rahmen des Eigenkapitalvergleiches.....	211
b. Schädlicher Rückgriff bei Private Equity-Investments	213
F. Zwischenergebnis.....	215
Teil 3: Die Zinsschranke bei Personengesellschaften im internationalen Rechtsvergleich.....	217
A. Einleitung.....	217
B. Darstellung von Unterkapitalisierungsregeln in anderen Rechtsordnungen und ihre Auswirkungen auf Personengesellschaften	219
I. USA.....	219
1. Ausgestaltungen einer Personengesellschaft in den USA („Partnerships“)	221

2. Besteuerung von Personengesellschaften in den USA.....	222
3. Darstellung der „Earnings Strippings Rules“	225
II. Frankreich	228
III. Italien.....	230
C. Zwischenergebnis	233
Teil 4: Ausblick und Fazit.....	238